Nummer 20 Berlin, den 18. Mai 1923 35. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen die sechsgespaltene Kleinzeile 150 Mark
Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O 27, Magazinstraße 6/7 II (Postscheckkonto 5386), zu richten. — Bezug nur durch die Post. — Preis monatlich 150 Mark

Inhalt: Generalversammlung. — Pfingsten. — Wirtschaftlicher Niedergang. — Die englische Hoffnung. — Arme Aktionäre. — Versorgung der Erwerbslosen mit Ausrüstungsgegenständen. — Christliche Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai. — Ein gründlicher Reinfall. — Aus der Textilindustrie des Münsterlandes. — Solidarität der Tat. — Textilarbeiterverbände in Deutschland. — Aus der KPD. — Jugend. — Ein Psalm der Arbeit. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Allgemeines Wandern (Gedicht). — Bekanntmachungen. — Adressenverzeichnis 1923. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung (XII).

Generalversammlung.

Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens bis Sonnabend, den 7. Juli 1923, dem Zentralvorstand eingesandt werden. Der Vorstand.

Pfingsten.

Wieder ist das lieblichste aller Feste da. Es ist das lieblichste, weil es in die schönste Jahreszeit fällt und weil diese Zeit mehr als jede andere die Menschheit mit Glückseligkeit zu erfüllen geeignet ist und in der Regel wohl auch erfüllt, soweit die Menschen überhaupt glücklich sein können. Gar viele können heute nicht glückselig sein und ihre Stimmung wird auch am Pfingstfest nicht viel gehoben werden.

In früheren, ruhigeren, friedlicheren, weniger aufgeregten, wirtschaftlich und politisch weniger bewegten, also geruhsameren Zeiten, wird es am Pfingstfest viel mehr sich glücklich, zufrieden und glückselig Fühlende gegeben haben, als es heute gibt, wenn es auch niemals an Unzufriedenen und sich unglücklich Fühlenden gefehlt haben dürfte. Doch so viel Uebelgelaunte, Unzufriedene, sich unglücklich Fühlende wie gegenwärtig wird es an einem der früheren Pfingstfeste kaum gegeben haben. Wenigstens soweit Arbeiter in Betracht kommen. Und nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, wenn auch in Deutschland in hervorragendstem Maße.

Deutschland hat einen Krieg verloren, andere Länder haben ihn gewonnen, ohne jedoch an Gütern gewonnen zu haben; alle haben verloren. Doch für Deutschland und seinen ehemaligen Bundesgenossen ist der Verlust naturgemäß am größten. Daher ist hier auch die Stimmung am gedrücktesten, die Unzufriedenheit am größten, und die Glückseligkeit am Pfingstfest sicher am geringsten. Hoffen wir aber, daß dieses Pfingstfest wenigstens mit zu einem Mittel werde, der Glückseligkeit der Menschen auch in Deutschland einen breiteren Raum zu schaffen.

Wie die Natur einen Winter durchgemacht hat und sich von seinen Schranken nun wieder befreit, so hat die Menschheit einen Winter hinter sich, dessen Nachwirkungen sie sich endlich gleichfalls zu entziehen trachten sollte. Wir meinen den Krieg, den wir mit dem Winter vergleichen. Die Natur zeugt von Kraft und Wollen, sich immer wieder zu erneuern, und die Wunden, die ihr der Winter geschlagen hat, so rasch wie möglich unter den warmen Strahlen der Sonne zu heilen. Und die Menschheit sollte sich endlich, unter dem wohltätigen Einfluß des neuen Vollfrühlings in der Nachkriegszeit, anstrengen, ihre Kriegswunden zu heilen und alle Folgen des Krieges, an denen sie noch leidet, gemeinsam zu überwinden, sollte endlich davon ablassen, sich einander Fußangeln zu legen, um die einen zu Opfern zu zwingen, die den andern zufallen sollen, die aber diesen nicht entscheidend helfen können, jenen aber entschieden schaden müssen.

Rings im ganzen Land, auf dem ganzen Kontinent predigt Sonnenlicht mit Feuerzungen, sind Blütenbogen gespannt, erklingt Vogeljubel. Ueberall ist die Natur bestrebt, Segen auszustreuen, Not und Sorge, Qual und Schmerz zu lindern, Freude und Wonne zu bereiten. Die Welt ist kein Totenhaus, nein, es blüht und webt in ihr wie sonst, in früheren Jahren, um dieselbe Zeit. Und die Menschheit sollte kein Tollhaus sein, in dem Unvernunft, Haß und Tücke, List und Verschlagenheit herrschen, sie sollte eine Gemeinschaft sein, in der nur Liebe und Vertrauen Platz finden, in der niemand qualerfüllt unter den Streichen anderer sich beugt, sondern wahre Harmonie, wahrer Frieden wohnt, immerwährende Pfingsten herrschen.

Geist der Wahrheit, Geist der Liebe,
breite die herrlichen Schwingen weit.
Falle wie tausend Gewitter
stürmisch in unsere Zeit.

Geist der Freiheit, Geist der Güte,
wohne bei uns auf dem Erdenrund.
Rede in Brudergesängen
festlich aus unserem Mund.

Geist der Freude, Geist des Friedens,
blüh' deine Sterne ans himmlische Zelt.
Rufe mit erzener Stimme,
rufe die Völker der Welt!

(Hans Gathmann.)

So singt der Dichter. Möchte sein Sang in alle Herzen dringen, alle mit dem Geist der Liebe erfüllen und alle miteinander versöhnen und sie vereinen zu einer Gemeinschaft, in der sich die verschiedenen Völker nicht mehr als einander sich ausschließende Gegensätze, sondern nur noch als gegenseitige Stützen kennen. Geschieht das, dann wird das heurige Pfingstfest in doppeltem Sinne zu dem lieblichsten aller Feste. Und es wird von einer geschichtlichen Bedeutung, wie keines vor ihm es war, zu einem Fest, von dem man, gleich dem Völkermai, mit Recht wird sprechen können als vom

Völkerpfingsten. W.

Wirtschaftlicher Niedergang.

Der Arbeitsmarkt zeigt auf ein immere stärkeres Anziehen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit hin. Geradezu erschreckend groß ist die Kurzarbeit in der Textilindustrie. Die Not der Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen wächst unter dieser Erscheinung mit jedem neuen Tag in immer stärkerem Ausmaße. Die Verdienstmöglichkeiten sind auf ein Minimum zusammengeschrumpft und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist in der bedenklichsten Weise gefährdet. Mehr als die Hälfte aller Textilarbeiter arbeiten verkürzt. In einzelnen Bezirken der Textilindustrie arbeiten überhaupt alle Textilarbeiter, soweit sie nicht beschäftigungslos sind, nur 16 bis 24 Stunden in der Woche. Die Not in den Kreisen der Textilarbeiter ist aufs höchste gestiegen und bedroht die Existenz derselben in der schlimmsten Form. Der Verdienst reicht nicht aus, das nackte Leben zu fristen. Dabei steigen auf der anderen Seite die Lebens- und Bedarfsartikelpreise immer weiter. Gerade in der letzten Woche sind die Preise in bedenklicher Weise gestiegen. Vom 24. April bis 1. Mai sind sie um 9 Proz. gestiegen. Diese Steigerung wird in der vergangenen Woche noch wesentlich überholt worden sein.

Ein Textilarbeiter, der wöchentlich nur etwa 24 Stunden beschäftigt ist, verdient, wenn er Vollarbeiter ist, nur wenig über 24 000 M. Wenn dieser Arbeiter mit seinem Einkommen noch eine Familie zu ernähren hat, dann kann man sich ohne weiteres ein Bild davon machen, wie die Arbeiterschaft jetzt von der Not gepeinigt wird. Dieses Lohneinkommen reicht nicht zur Befriedigung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse aus. Besonders erbitternd muß es deshalb auf die Arbeiterschaft wirken, wenn die Unternehmer, wie dies in den letzten Wochen fortgesetzt der Fall war, berechtigte Lohnforderungen, die sich aus Gründen der Preissteigerung ergaben, kurzerhand ablehnten; ablehnten deshalb, weil die gegenwärtige Zeit der Not für sie günstig erscheint, die Arbeitslöhne drücken zu können. Gerade die Gegenwart zeigt, daß in den Kreisen der Arbeitgeber jedes soziale Empfinden erstorben ist. Wir verkennen dabei nicht, daß die Arbeitgeber zu dieser ablehnenden Stellung gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiterschaft von dem Reichswirtschaftsministerium besonders angeregt und gestützt worden sind. Aber trotz dieser Anregung hätten wir erwarten dürfen, daß die Arbeitgeber der Textilindustrie mehr soziales Verständnis aufgebracht hätten, als wie man dies von dem Wirtschaftsminister Dr. Becker-Hessen erwarten konnte.

Hält die Krisis länger an, dann wird die Arbeiterschaft, da ihr das Notwendigste, was sie zum Leben braucht, fehlt, in ihrer Leistungsfähigkeit wieder auf den Stand der schlechtesten Zeit während und nach dem Krieg zurückgeworfen. Durch die verkehrte Lohnpolitik der Unternehmer wird die Untergrabung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft in der schlimmsten Weise gefördert. Die Unternehmer haben scheinbar die Erfahrungen, die sie in dieser Richtung hin während und nach dem Krieg gesammelt haben, wieder vergessen. Denn würden sie sich an jene Zeit mehr erinnern, in welcher die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft infolge der Unterernährung zusammengeschrumpft war, dann dürften sie die Löhne nicht in so gefährlicher Weise drücken und die Verdienstmöglichkeiten der Arbeiterschaft fast völlig untergraben. Wenn wir deshalb von den Unternehmern mehr sozialpolitisches Verständnis erwartet hätten, als wie dies der gegenwärtige Wirtschaftsminister scheinbar aufbringt, so nicht etwa aus Liebe zu den Arbeitern, sondern lediglich deshalb, weil es im Interesse der Industrie, im Interesse der deutschen Wirtschaft gelegen ist. Das Verhalten der Unternehmer in der Lohnfrage wird diktiert von dem augenblicklichen Profitstandpunkt. Diese Profitmacherei auf Kosten der Gesundheit der Arbeiterschaft birgt die größten Gefahren für Deutschlands Zukunft in sich. Es ist deshalb höchste Zeit, daß das Unternehmertum in der Lohnfrage seinen Standpunkt gründlich revidiert und die Lohnfrage in der Weise regelt, daß eine Gefährdung der Gesundheit der Arbeiterschaft ausgeschlossen ist.

Nach dem Bericht des „Reichsarbeitsblatts" Nr. 9 hat sich die Arbeitsmarktlage im März 1923 erheblich verschlechtert. Der Bericht sagt hierzu u. a.: „Mit der vorrückenden Jahreszeit hat sich zunächst nur in der Landwirtschaft sowie im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe eine Besserung der Beschäftigungslage eingestellt. Im Baugewerbe überwiegt trotz vereinzelter Anzeichen einer gewissen Belebung nach wie vor die Arbeitslosigkeit. Auch in den übrigen Industrien ist eine Veränderung in der Gesamtlage gegenüber dem Vormonat nicht feststellbar. Nur in Schlesien zeigten sich für Textil- wie Metallindustrie leichte Anzeichen der Besserung.

Bezeichnend für die Arbeitsmarktlage ist, daß die Beschäftigungslosigkeit der Industrien sich weniger in Entlassungen als in Arbeitsstreckungen auswirkt.

Die Arbeitslosigkeit in den Arbeiterfachverbänden zeigt eine im Verhältnis geringe Steigerung. Bei den 41 Verbänden, deren Berichte vorlagen, waren am 26. März unter 5 934 349 durch die Statistik erfaßten Mitgliedern 340 711 arbeitslos (im Vormonat bei 42 Verbänden 319 117). Auf je 100 Mitglieder kamen also 5,7 (gegen 5,5 im Vormonat) Arbeitslose.

Die Kurzarbeit hat nach der von den Arbeitnehmerorganisationen geführten Statistik nicht unerheblich zugenommen. Bei den berichtenden 36 Verbänden arbeiteten von 5 117 661 Mitgliedern 1 237 356 oder 24,2 Proz. der Mitgliederzahl mit verkürzter Arbeitzeit (im Vormonat 15,9 Proz.).

Die Statistik der unterstützten Erwerbslosen bietet für den Berichtsmonat ebenfalls wie im Februar infolge des Ausbleibens der

Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt von Ernst Niekisch.

XII.

5. Der erste deutsche Webertag. (Forts.)

Die Erörterung der Gesetzgebungsfragen rückte die meisten jener Arbeiterforderungen in den Vordergrund, die nie veralten werden, solange es Lohnarbeit gibt. Hirsch-Crimmitschau, der sich während des ganzen Webertages überaus tätig zeigte, war der Referent. Er beschäftigte sich zuerst mit der Koalitionsfreiheit. Früher, so sagte er, sei es den Arbeitern bei Gefängnisstrafe nicht gestattet gewesen, aus der Arbeit fortzugehen. Dies sei durch die neue Gewerbeordnung anders geworden. Jetzt seien nicht nur die Unternehmer berechtigt, einen Verein unter sich zu gründen, wonach sie Arbeiter entlassen können, um größere Nachfrage nach Arbeit zu erzielen und so den Arbeitslohn herabzudrücken, sondern auch den Arbeitern stehe es frei, sich zu vereinigen, um eine Arbeitseinstellung und dadurch eine Erhöhung des Lohnes herbeizuführen. Durch die norddeutsche Gewerbeordnung werde aber der Arbeiter einerseits in seiner Koalitionsfreiheit beeinträchtigt, andererseits in eine Ausnahmestellung gedrängt, indem seine Koalitionsfreiheit nicht nur durch die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzes, sondern außerdem auch noch durch eine Extra-Strafandrohung von drei Monaten Gefängnis beschränkt werde. Diese Ausnahmebestimmungen, die die Unternehmer gewissermaßen privilegierten, statuierten eine Art von Belagerungszustand und bewiesen, daß wirklich Krieg zwischen Kapital und Arbeit bestehe. Die Gleichheit der Koalitionsfreiheit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern (deren Koalition, weil sie wenige seien, nicht beschränkt werden könne), bedinge daher Abschaffung des § 153 der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes.

Ein sehr trübseliges Kapitel schnitt Hirsch an, als er die „gesetzliche Regelung der Kinderarbeit" besprach. Er bemerkte mit Recht, daß die Norddeutsche Gewerbeordnung doch wohl allzu selbstgefällig sei, wenn sie glaube, alles Notwendige getan zu haben, indem sie der Bestimmung Aufnahme gewährte, daß kleine Kinder unter 12 Jahren gar nicht und Kinder unter 14 Jahren nur 6 Stunden täglich beschäftigt werden dürften, und zwar lediglich nach ½6 Uhr morgens und vor ½9 Uhr abends. Es sei eine bekannte Tatsache, daß bereits um ½5 Uhr morgens kleine Kinder von 9 und 10 Jahren im Sommer und Winter vom Dorfe hereinkämen, wo sie oftmals eine Stunde zu laufen hätten, um in den ungesunden, lebensgefährlichen Fabriken zu arbeiten, und daß es für diese Kleinen bei der für Kinder über zwölf Jahre festgesetzten Arbeitszeit nicht bleibe; dieselben arbeiteten vielmehr von morgens 5 Uhr bis ¾7 Uhr, wo sie in die Schule müßten von 7 bis 10 Uhr; aus derselben gehe es dann wieder von 10 bis 12 Uhr in die Fabrik und von nachmittags 1 Uhr bis abends 8, 9, 10, ja auch 11 Uhr wieder. Am meisten würden viele Kinder gerade am Sonntag in die Fabriken gezwungen. Das Gesetz werde aufs frechste verhöhnt. Die geschilderten Vorkommnisse geschähen unter den Augen der Behörden. Der regelmäßige, systematische Kinderverderb in geistiger, moralischer und physischer Beziehung bleibe nach wie vor gestattet.

In der späteren Diskussion über diesen Gegenstand wurden noch mannigfaltige und wohlberechtigte Bedenken gegen die Kinderarbeit geäußert. Walach-Meerane legte dar, wie durch die Frauen- und Kinderarbeit eine bedeutende Konkurrenz geschaffen würde, durch welche die Löhne eine Herabsetzung erführen. Er stelle den Antrag: „dahin zu wirken, daß auf gesetzlichem Wege die Frauen- und Kinderarbeit gänzlich abgeschafft werde". Die Berliner Uhlmann und Scholz bekundeten sogleich ihr Einverständnis mit diesem Antrag. Ihnen gegenüber brachte Bebel zum Ausdruck: Bezüglich des Verbots der Kinderarbeit wolle er kein Wort mehr verlieren. Was aber die Frauenarbeit anlange, so müsse er dringend davor warnen, diese Frage übers Knie zu brechen. Wohl sei es sehr gut, wenn namentlich die verheirateten Frauen nicht mehr in den Fabriken arbeiteten, da dies für das moralische Verhalten auch mancher — Fabrikanten sehr nützlich sein werde. Er stelle jedoch die Frage, was aus den Tausenden von unverheirateten Frauen werden solle, die man durch voreiligen Beschluß aus den Fabriken verbannen würde. Die Frage, inwieweit die Frauenarbeit zuzulassen sei, gehöre zu den schwierigsten Problemen, und sei unter den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen in einer für beide Teile befriedigenden Weise gar nicht zu lösen. Man müsse dahin wirken, daß den Frauen derselbe Lohn wie den Männern ausbezahlt werde. Er empfehle hinsichtlich der Frauenarbeit die Entschließung: „Es ist Pflicht der Fachgenossen, dahin zu wirken, daß die Frauen in den Fabriken und Werkstätten mit in die Gewerks- und Fachorganisationen als gleichberechtigt eintreten, um es dahin zu bringen, daß die Löhne der Frauen und Männer gleichgestellt werden."

In bezug auf die Kinderarbeit schlug Bebel vor: „Der Webertag betrachtet es als einen Akt der Humanität und Gerechtigkeit, von Staats wegen das strengste Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken auszusprechen. Der Webertag betrachtet es als seine Aufgabe, energisch dahin zu wirken, daß die Gesetzgebung in diesem Sinne umgestaltet werde."

Beiden Entschließungen wurde einmütig zugestimmt.

Ein gewisses Gewicht wurde dem Problem der Einführung eines Normalarbeitstages beigelegt. Hirsch selbst hatte schon eine Broschüre über diese Angelegenheit verfaßt; in seinem Referat verlangte er die Einführung einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit auch für Erwachsene. Diese Einführung würde mehr Arbeitern als bisher Beschäftigung und Brot geben, dadurch würde die Nachfrage nach Arbeitern erhöht und würden die Löhne verbessert werden.

Harms-Elberfeld führte das Beispiel Englands ins Feld. Dort arbeite man 8 bis 10 Stunden. Er sei für eine achtstündige Arbeitszeit. Wolle man aber den Normalarbeitstag einführen, so werde man mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, denn es gebe Distrikte, wo die Arbeiter dermaßen geistig versumpft seien, daß sie Zweck und Bedeutung einer derartigen Arbeitsregelung gar nicht verständen.

Verschiedene Redner bekannten sich zu der Forderung eines Normalarbeitstages. Scholz-Berlin schlug Petitionen an den Reichstag vor; er rechnete vor allem mit einem Erfolg, wenn die Abschaffung der Sonntagsarbeit angestrebt werde, da die „Schwarzröcke" sicher dafür zu haben seien. Mit bissiger Schärfe fuhr er dann fort: „Auf die Koryphäen der Arbeiter (Bebel und Liebknecht) darf man allerdings nicht rechnen, denn diese haben seinerzeit gegen das Arbeiterschutzgesetz gestimmt."

Es war selbstverständlich, daß sich Bebel gegen diesen Angriff entschieden zur Wehr setzte. Er räumte ein, gegen einen von Schweitzer eingebrachten Arbeiterschutzgesetzentwurf gestimmt zu haben; dies sei geschehen, weil durch jenen Entwurf die gesamte Arbeiterbewegung in die Hände des Grafen Bismarck gespielt worden wäre. Jener Entwurf hatte die Ernennung der Fabrikinspektoren durch Bismarck vorgesehen; dagegen habe er sich gemeinsam mit Liebknecht gewandt.

Bemerkenswert war, daß Krötzsch-Berlin den Normalarbeitstag ablehnte; denn jedem Arbeiter muß es freigestellt bleiben, zu arbeiten, wenn er dazu Bedürfnis habe oder andere Umstände ihn dazu nötigen."

Indes blieb Krötzsch allein. Gegen ihn wurde folgende Entschließung angenommen:

„1. Der Webertag erachtet es für notwendig, die Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages für die Fabriken auf dem Wege der Gesetzgebung zu erstreben.

2. Der Webertag hält es für notwendig, dahin zu wirken, daß die Sonntagsarbeit durchgängig abgeschafft werde."

Der Webertag wollte Realpolitik treiben; deshalb wählte er lediglich den Zehnstundentag als Kampfziel. Es schien ausgeschlossen zu sein, den Achtstundentag erreichen zu können. Worauf die Vorfahren noch nicht zu hoffen wagten, fiel als Erfüllung dem gegenwärtigen Geschlecht in den Schoß.

Meldungen aus dem Rheinland ein unvollständiges Bild. Soweit Meldungen vorliegen, wurden an Vollerwerbslosen am 1. April 24 808 (im Vormonat 193 118) Personen unterstützt. Hierzu treten noch 110 020 aus Stellen der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge unterstützte Kurzarbeiter."

Unter c) „Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Arbeiterfachverbänden" sagt der Bericht folgendes: „Am Stichtag der Zählung, dem 31. März 1923, betrug die Gesamtmitgliederzahl in den 41 berichtenden Verbänden 6 775 360. Von diesen wurden 5 934 349, d. h. 87,6 Proz., durch den Bericht erfaßt und hierunter 232 733 männliche und 107 978 weibliche, insgesamt 340 711 Personen, als arbeitslos gezählt. Auf je 100 der insgesamt vom Bericht erfaßten Mitglieder kamen somit im März 1923 5,7 Arbeitslose (gegenüber 5,5 im Vormonat).

Die Arbeitszeitverkürzungen haben sowohl nach der Zahl der Fälle als nach dem Maße der Verkürzungen eine Steigerung erfahren; rund ein Viertel aller organisierten Arbeiter arbeitet nicht mehr die volle Wochenstundenzahl, rund die Hälfte aller Verkürzungen machte mehr als 16 Stunden die Woche aus.

Bei den 36 Verbänden, deren Meldungen für diese Zusammenstellung verwertet werden konnten, wurden 5 117 661 Mitglieder durch den Bericht erfaßt; von diesen arbeiten 1 237 356 mit verkürzter Arbeitszeit, d. h. 24,2 Proz. (im Vormonat bei 36 Verbänden mit rund 5 Millonen Mitgliedern 15,9 Proz.). Bei den männlichen Mitgliedern entfielen auf rund 3,68 Millionen 721 489 oder 19,6 Proz., bei den weiblichen Mitgliedern auf 1,44 Millionen 515 867 oder 35,9 Proz. verkürzt arbeitende."

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie ergibt folgendes Bild:

Die größten Fachverbände	Mitgliederstand Ende März 1923	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März
Textilarb. (G.) . .	713321	0,3	0,3	0,2	0,4	0,4	0,7	1,2	1,5	2,9	3,8	4,8	3,8
Textilarb. (Ch.) . .	142500	0,1	0,3	0,2	0,1	0,2	0,8	1,8	3,4	2,2	2,3	4,4	4,8

Währenddem die Kurzarbeitsentwicklung folgendes Bild zeigt:

Verband	Zahl der vom Bericht erfaßt. Mitglieder Ende März 1923	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März
Textilarb. (G.) . .	676152	0,3	0,4	0,6	0,6	1,5	5,6	8,9	19,1	23,1	39,7	43,8	52,7
Textilarb. (Ch.) . .	137355	1,6	1,7	2,0	1,1	2,2	3,8	7,7	22,5	21,1	37,9	48,5	57,6

Am stärksten war die Arbeitszeitverkürzung bei den freigewerkschaftlichen Schuhmachern, Textilarbeitern, Tabakarbeitern und Bekleidungsarbeitern. Eine verhältnismäßig große Zunahme der Kurzarbeitsziffer gegenüber dem Vormonat war bei dem Christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband von 4,0 auf 20,5 Proz., bei dem Metallarbeiterverband (G.) von 9,3 auf 20,9 Proz. und bei dem Holzarbeiterverband (G.) von 6,9 auf 10,0 Proz. zu verzeichnen.

Ueber den Ausfall an Arbeitszeit infolge der Verkürzungen lassen sich folgende Angaben machen: Der wöchentliche Arbeitsstundenverlust bewegte sich zwischen 1 und 8 Stunden bei 255 000 Arbeitern oder in 20,6 (im Vormonat 27,7) Proz. aller Fälle, zwischen 9 und 16 Stunden bei 351 933 oder 28,5 (im Vormonat 26,6) Proz., zwischen 17 und 24 Stunden bei 496 452 oder 40,1 (im Vormonat 33,3) Proz. Mehr als 24 Stunden betrug der Ausfall pro Woche bei 133 971 Arbeitern oder 10,8 (im Vormonat 12,4) Proz. aller Fälle. Besonders gestiegen ist demnach der Anteil der Verkürzung um 17 bis 24 Stunden.

Diese statistischen Erhebungen entrollen ein Bild erschreckenden Elends, sie zeigen, wie schlimm es mit unserer Wirtschaft bestellt ist. Ein Aufstieg aus diesem Elendslabyrinth ist erst dann möglich, wenn der Ausgleich zwischen Deutschland und der Entente auf einer vernünftigen Grundlage, die eine Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet, erfolgt ist. Je länger ein solcher Ausgleich hinausgezögert wird, um so schlimmer wird sich unsere innere Wirtschaft gestalten. Die Arbeiterschaft ist dabei die Hauptleidtragende. Deshalb hat die Arbeiterschaft mit um so größerem Nachdruck endgültige Verständigung zu fordern.

Die englische Hoffnung.

Der weltpolitische Gegensatz zwischen England und Frankreich kündigte sich schon längst an. Trotz aller Freundschaftsbeteuerungen empfindet England das waffenstarrende Frankreich als lästigen und unheimlichen Nachbarn. Infolge des belgisch-französischen Einverständnisses tritt wiederum jene Bedeutung Antwerpens in Kraft, die darin besteht, eine geladene Pistole zu sein, welche unmittelbar auf die Brust Englands gerichtet ist. Die französische Luftflotte wurde in einem Umfange ausgebaut, der für England anfängt beängstigend zu werden. Das französische Selbstgefühl schwillt; mehrmals hat Frankreich in den vergangenen Jahrhunderten mit England um den Besitz der ersten Weltmachtstellung gerungen; stets zog es dabei den kürzeren; indessen mag jetzt erst in den ehrgeizigen Herzen französischer Staatsmänner die Hoffnung aufblühen, abermals einen letzten und vielleicht doch noch erfolgreichen Anlauf zur Erringung weltpolitischer Vormachtstellung nehmen zu können. Die Aussichten scheinen um so günstiger, als Frankreich die Hand auf unerschöpfliche europäische Eisenerzlager und — seit der Ruhrbesetzung — auch auf die gewaltigen deutschen Kohlenschätze gelegt hat. Dazu gelang es Frankreich, ein starkes politisches Machtsystem zu seinem Vorteil auszubauen: Polen segelt durchaus in französischem Fahrwasser; General Foch wurde erst jüngst in Warschau mit rauschenden Ehren empfangen; indem er zum ersten Marschall Polens ernannt wurde, unterstrich Polen selbst die Abhängigkeit, in die es sich freiwillig Frankreich gegenüber begab. Die österreichischen Nachfolgestaaten, insbesondere die Tschechoslowakei, erhalten französisches Geld; die Gegenleistung ist, daß sie die Ziele französischer Politik unterstützen. Ein wirkliches Hindernis für die französischen Pläne besteht auf dem europäischen Festlande nicht mehr; Deutschland ist waffenlos und ohnmächtig; sein Gefüge befindet sich dazuhin im Zustand der Auflockerung und der Zersetzung. Die Autorität der republikanischen Reichsregierung reicht nicht hin, um das wirtschaftsgewaltige Unternehmertum zur Botmäßigkeit zu zwingen; sie steht auch ohnmächtig Bayern gegenüber, das systematisch das Ansehen des Reiches und der republikanischen Gesetze untergräbt. In Paris beobachtet man mit hoffnungsfrohem Interesse Bayerns Verhalten; man weiß dort die Dienste zu schätzen, die die Münchener Wittelsbacherei der französischen Politik leistet. Nichts zeigt deutlicher, wie sicher sich Frankreich seiner Sache fühlt, als das Verfahren, das Poincaré gelegentlich der Absendung seiner Antwortnote nach Berlin einschlug. Er einigte sich mit Belgien und lehnte es recht unmißverständlich ab, England ein Einspruchs- oder Mitbestimmungsrecht zuzugestehen. Frankreich will zum Ausdruck bringen, daß es seine Machterweiterungspolitik auf Kosten Deutschlands nicht beengen zu lassen gedenke. Die Urteile gegen Krupp — das furchtbar ist und der bürgerlichen Presse Anlaß bot, die französische Justiz als Dirne zu kennzeichnen — und gegen die Eisenbahner und Gewerkschaftler in Mainz — das von der bürgerlichen Presse fast mit ähnlichem Stillschweigen behandelt wird, wie das Urteil gegen Fechenbach, das an Ungeheuerlichkeit dem Werdener Urteil nichts nachgibt — sollen anschaulich machen, daß Frankreich alle die vernichtet, die sich seiner Machtentfaltung in den Weg stellen.

Diese Entwicklung hat in England die stärksten Besorgnisse wachgerufen. England findet, daß Frankreichs Anmaßungen die Grenze des Erträglichen überschritten haben. Nicht weil Deutschland darunter leidet, sondern weil für England Gefahren aufsteigen, erstehen der französischen Politik im englischen Parlament immer mehr heftige Kritiker und Gegner. Bonar Law hatte vermutlich damit gerechnet, daß die Feststellung eines Gegensatzes zwischen England und Frankreich, die nach der Pariser Januarkonferenz erfolgte, in Frankreich ihres Eindruckes nicht verfehlen werde. Wahrscheinlich glaubte er auch noch, daß die Neutralität, zu der sich England bei Frankreichs Ruhrbesetzung entschloß, Frankreich zu Zurückhaltung, Mäßigung und Vorsicht veranlassen werde. Die englische Regierung wurde enttäuscht. Frankreich legte Englands Haltung als Schwäche aus. Daß sich England selbst ausgeschaltet hatte, war für Frankreich eine erwünschte Gelegenheit, nunmehr ohne jegliche Hemmung seine imperialistische Politik an der Ruhr zu entfalten. Nun freilich fängt der englische Widerstand an, sich in Wirkung zu setzen. Englische Parlamentarier, Journalisten und Regierungsmitglieder sprechen eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Die Kritik, die an Frankreich geübt wird, wird immer unfreundlicher. Vorsichtig, aber bereits sehr unverkennbar, beginnt England damit, die öffentliche Meinung der Welt gegen Frankreich mobil zu machen. Die Gewalttätigkeiten Frankreichs werden tadelnd erwähnt; der „Militarismus" Frankreichs wird tief beklagt. Ein unerhört scharfer Vorstoß wurde jüngst im Unterhaus während einer Debatte über das Saargebiet unternommen. Die französische Saarpolitik wurde als eine Art „Preußentum" gekennzeichnet; der französische Vorsitzende der Saarregierung, Rault, wurde fast ausdrücklich der Hinterhältigkeit bezichtigt. Darüber hinaus aber trifft England noch viel weiter reichende Anstalten. Von allem Anfang an fiel die für den faschistischen Draufgänger Mussolini beinahe allzu schüchterne Zurückhaltung Italiens bei der Ruhrbesetzung auf. Der Kundige wußte, daß Italien mit seinen langgestreckten Küsten und den der Küste entlang laufenden Eisenbahnlinien niemals eine Stellung wählen könne, die sich gegen das meerbeherrschende England wendet. Abgesehen davon aber sind Italiens Nebenbuhlerschaft Frankreich gegenüber und sein Gegensatz gegen die französisch orientierten südslawischen Staaten zu stark, um eine französisch-italienische Interessenharmonie von Bestand zu erlauben. Ein englisch-italienisches Zusammengehen war vorauszusehen. Es ist bereits vorbereitet; Frankreich wird es wohl in kommenden Tagen zu verspüren haben.

In der englisch-italienischen Rechnung ist nun auch Deutschland ein Faktor, mit dem operiert wird. Ein Deutschland, das zwar einig, aber doch politisch und wirtschaftlich von England abhängig ist, kann gegen Frankreich ausgespielt werden. Als Konkurrent Englands ist Deutschland erledigt; soviel Bewegungsfreiheit, als es braucht, um immerhin Frankreichs Uebermut Schranken entgegensetzen zu können, will ihm indes England jetzt gerne einräumen.

Das sind die Gründe, um derentwillen England und Italien die Ruhrfrage gelöst und die Reparationsfrage vorwärts gebracht wissen wollen. Deutschland soll sich soweit erholen, um für Englands Interessen nachhaltig benutzt werden zu können. Dabei soll es jedoch nicht so sehr zu Atem kommen, daß es sich etwa herausnehmen dürfte, dem Wirken Englands den Gehorsam zu versagen.

Deutschlands Ketten, das ist der Sinn der Geschehnisse, sollen so weit gelockert werden, daß wir in die Lage versetzt werden, wenn es Englands Vorteil erheischt, Frankreich in Ungelegenheiten zu stürzen. Es wäre kurzsichtig, England als den Befreier zuzujubeln; der Unterschied zwischen Frankreich und England liegt allein darin: daß Frankreich die deutsche Kraft zersplittern, daß aber England die deutsche Kraft zwar erhalten, jedoch durchaus seinen Zwecken dienstbar machen will.

N.

Warum sollen wir nur acht Stunden arbeiten?

Schon Robert Owen erklärte (im Jahre 1833) als Besitzer großer Spinnereien in England, man soll nur acht Stunden arbeiten. 1. Weil dies der längste Zeitraum ist, während dem das Menschengeschlecht anstrengend tätig sein kann — wenn man das Mittel annimmt und das Recht auf Existenz den Schwachen ebenso wie den Starken zuerkennt —, soll es bei guter Gesundheit, intelligent, tugendhaft und glücklich bleiben. 2. Weil die modernen Erfindungen in Chemie und Mechanik einen längeren Zeitraum physischer Anstrengung unnötig machen. 3. Weil bei achtstündiger Arbeit mit geeigneten Einrichtungen ein Ueberfluß an Reichtum für alle geschaffen werden kann. 4. Weil niemand berechtigt ist, von seinem Nächsten zu verlangen, daß er länger arbeite als dies für das Wohl der Gemeinschaft notwendig ist, zu dem einzigen Zweck, sich zu bereichern, wodurch viele arm werden. 5. Weil das wirkliche Interesse jedes menschlichen Wesens erfordert, daß jedes andere menschliche Wesen bei guter Gesundheit, intelligent, zufrieden und reich sei.

Arme Aktionäre.

In der vorigen Nummer des „Textilarbeiters" haben wir bereits auf einige Unternehmungen hingewiesen, die recht klotzige Gewinne gemacht haben. Wir wollen hier noch einige folgen lassen. Zunächst die Hanfwerke Füssen-Immenstadt A.-G. Die Mechanische Seilerwarenfabrik Füssen in Füssen verfügte 1917 über ein Aktienkapital von 3 428 571 Mk. Die Mechanische Bindfadenfabrik Immenstadt über 1 400 000 Mk. Diese beiden Werke haben sich 1920 vereinigt und ihr Aktienkapital mehrfach erhöht, so daß sie Ende 1922 45 Millionen Stammaktien, 3 Millionen Vorzugsaktien und 20 Millionen Genußscheine in ihrem Werk investiert hatten. Interessant ist eine Gegenüberstellung der Bilanzen vom 31. Dezember 1921 und vom 31. Dezember 1922. Wir wollen hier nur einige Posten herausgreifen:

	Aktiva 1921 Mk.	Aktiva 1922 Mk.
Vorräte an Rohstoff und Waren	65 487 116,59	929 781 584,36
Vorräte an Materialien	6 068 197,65	126 250 009,62
Kassabestand	256 393,97	6 523 010,61
Wechsel	1 234 134,29	45 590 921,18
Effekten	648 073,—	7 255 940,—
Guthaben bei Banken	43 124 148,96	711 362 223,81
Warendebitoren	55 238 075,77	1 648 515 687,67
Andere Debitoren	14 196 786,28	71 514 336,28
	Passiva 1921 Mk.	**Passiva 1922 Mk.**
Reservefonds	27 639 352,—	100 822 352,—
Spezialreservefonds	3 927 648,50	4 000 000,—
Erneuerungsfonds	6 000 000,—	66 000 000,—
Delkrederekonto	967 071,58	2 086 148,57
Unterstützungs- und Pensionsfonds	1 635 305,38	—
Sparkasse	911 513,57	1 172 163,29
Tratten	36 980 388,40	422 515 687,50
Bankschulden	17 750 146,73	2 619 462 341,20
Rohstoffkreditoren	26 952 265,35	—
Andere Kreditoren	25 349 994,05	—
Baureserve	—	140 000 000,—
Reingewinn	9 119 010,50	126 052 911,42

Dem Gewinn vorweg entnommen wurden:

	1921 Mk.	1922 Mk.
Amortisationen	281 353,14	879 318,69
Erneuerungsfonds	6 000 000,—	60 000 000,—
Baureserve	—	140 000 000,—

Man sieht aus der Bilanz, daß die Markentwertung dieser Firma nichts anhaben konnte, sondern im Gegenteil, daß sie sich recht wohl dabei gefühlt hat. Jedenfalls hat sie recht klotzige Gewinne eingestrichen. Der offensichtliche Reingewinn beträgt 4 333 254 581 Mk. Dabei stößt man in der Bilanz auch auf Konten, die durchaus noch unter das Gewinnergebnis fallen, die wir aber nicht mit in Rechnung gestellt haben.

Eine weitere Gesellschaft, deren Aktionäre „Not leiden", dürften die Kunstwollwerke Jancke u. Co. Kom.-Ges. a. A. in Grünberg in Schlesien sein. Sie verteilt 125 Proz. erste Dividende, und zwar laut Preßangaben auch auf die erst Anfang 1923 zu 125 Proz. (!) geschaffenen 9½ Mill. neuen Aktien. Auf 3 bestehende Aktien soll nun eine weitere junge angeboten werden zu pari. Amtliche Einführung in Berlin, Breslau und Dresden ist geplant. Im ganzen sollten aber jetzt 11¼ Mill. neue Aktien zu den bestehenden 16¾ Mill. alten geschaffen werden. (Wie ist der Rest vom Konsortium (Gebr. Arnhold) übernommen worden? Die Vordatierung und Auszahlung 1922er Dividende auf die am 31. Dezember (!) beschlossenen 9½ Mill. Aktien kommt bei 125 Proz. Dividende und 125 Proz. Einzahlungspreis einer Ausgabe von Aktien ohne Entgelt gleich. Dabei handelt es sich nicht etwa um eine alte Friedensgesellschaft, die Goldwerte haben müßte, sondern um eine Gründung vom Mai 1922. D. Korr.)

Ferner:

Vereinigte Märkische Tuchfabriken Akt.-Ges., Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf die Stammaktien auf 200 Proz. fest. Nach Mitteilung der Verwaltung hat sich das Geschäft seit Abfassung des Geschäftsberichts bei den Werken gebessert.

Versorgung der Erwerbslosen mit Ausrüstungsgegenständen.

Der Reichsarbeitsminister hat an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge eine Verordnung erlassen, nach welcher den Erwerbslosen Ausrüstungsgegenstände beschafft werden sollen, insbesondere auch Arbeitskleidung. Es ist zu begrüßen daß nach dieser Richtung hin den Erwerbslosen beigesprungen wird, damit sie leichter von einem Beruf zum anderen übergehen können. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

„An die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge. Betrifft: Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für Erwerbslose.

In vielen Fällen können Erwerbslose eine Arbeitsgelegenheit nicht ausnützen, weil sie nicht über die erforderliche Ausrüstung, insbesondere nicht über die Arbeitskleidung verfügen.

Bei der Besprechung, die auf Grund meines Schreibens vom 22. vorigen Monats — X. 1557/23 — am 3. dieses Monats im Reichsarbeitsministerium mit Vertretern der Landesregierungen stattgefunden hat, hat der Vertreter meines Ministeriums auf den § 60 des Gesetzentwurfs über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung hingewiesen, der nach Zustimmung des Reichsrats gegenwärtig dem Reichstage vorliegt. Seine Anregung, nach dem Muster dieses § 60 schon jetzt zu verfahren und dazu Mittel der Erwerbslosenfürsorge nach § 15 der Verordnung vom 1. November 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1337) zu verwenden, hat die Zustimmung der Erschienenen gefunden.

Demgemäß gebe ich hiermit im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen meine Zustimmung dazu, daß die Aufnahme einer Arbeit von voraussichtlich mindestens sechswöchiger Dauer durch einen bisher unterstützten Erwerbslosen in der Weise gemäß § 15 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge gefördert wird, daß dem Erwerbslosen aus Mitteln der Fürsorge die erforderliche Arbeitsausrüstung vorgestreckt wird, soweit sie ihm nicht zur Verfügung steht, aber üblicherweise von ihm beigebracht werden müßte. Die Förderung geschieht grundsätzlich durch darlehnsweise Hingabe, sei es der erforderlichen Gegenstände selbst, sei es des zu ihrer Anschaffung benötigten Geldes. In Fällen besonderen Bedürfnisses kann die Gemeinde jedoch bis zum zwölffachen Betrage des täglichen Unterstützungssatzes auf die Rückerstattung verzichten; in letzterem Falle kann zur Vereinfachung von Durchschnittssätzen ausgegangen werden.

Zuständig zur Bewilligung sind die Träger der Erwerbslosenfürsorge, die die Erwerbslosen bisher unterstützt haben

Ueber die Beteiligung der Länder und Gemeinden an den Kosten gelten die allgemeinen Vorschriften der Erwerbslosenfürsorge (§ 15 Abs. 1 Satz 3 und 4 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge).

Die Abrechnung hat bei den Ausgaben für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge, aber gesondert, zu erfolgen.

Die Förderung im vorerwähnten Sinne kann vielfach zweckmäßig mit einer Vergebung von Aufträgen, namentlich an das Spinnstoffgewerbe, verbunden werden.

J. A.: Dr. O. Weigert.
Der Reichsarbeitsminister.
X. 2945/23.

Berlin, den 6. April 1923."

Christliche Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai.

Die christlichen Gewerkschaften haben bisher den Weltfeiertag der Arbeit, den 1. Mai, in Wort und Schrift und durch Gegendemonstrationen in der schärfsten Weise bekämpft. Noch im vorigen Jahr haben christliche Textilarbeiter gegen die Maifeier und vor allen Dingen gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai lebhaft demonstriert. Aus Württemberg ist auch in diesem Jahre berichtet worden, daß in einigen Orten Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes auf Anweisung ihrer Organisationsleitungen versucht haben, unsere Kollegen und Kolleginnen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai Schwierigkeiten zu machen. Die christlichen Textilarbeiter verlangen von den Unternehmern solcher Betriebe, in denen die Arbeiterschaft mit Mehrheit beschlossen hat, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, daß am 1. Mai entgegen dem Mehrheitsbeschluß der Arbeiterschaft gearbeitet werde. Bei Schließung der Betriebe erhoben die christlichen Textilarbeiter Anspruch auf Erstattung des Lohnausfalles. Für die Unternehmer war dieses Vorgehen der christlichen Textilarbeiter ein willkommener Anlaß, die Betriebe anlaufen zu lassen, um die Maifeier möglichst zu beeinträchtigen. In einem rheinischen Bezirk gab das Verhalten der christlichen Textilarbeiter zu einer Klage gegen die Arbeiter, die von der Arbeit am 1. Mai ferngeblieben waren, wegen Nichterfüllung des Arbeitsvertrages Veranlassung. In der „Textilarbeiter-Zeitung" Nr. 17 schreibt ein Dr. T. in einer „Betrachtung zur Feier der Arbeit am 1. Mai" u. a. folgendes: „Die Sozialdemokratie feiert heute ihren internationalen Feiertag. Sie schwelgt in ihren Träumen von Klassenherrschaft und Klassenverbrüderung und meint, sie wären der Anfang der Völkerharmonie. O, diese Toren!"

Diese beiden Sätze kennzeichnen so recht die Auffassung der christlichen Gewerkschaftsführer zur Maifeier. Die christlichen Arbeiter jedoch rücken immer deutlicher von dieser Auffassung ab. Der Gedanke der Maifeier wird immer mehr zum Gemeingut der gesamten Arbeiterschaft. Auch die christlich organisierten Arbeiter werden immer mehr in den Kreis der Gedanken der Maifeier gezogen. Wie könnte es auch anders sein!

Die Forderung nach dem Achtstundentag ist durch die Maifeier in den Herzen aller Arbeiter lebendig geworden. Nur durch die nachdrücklichsten Demonstrationen war es möglich, den Boden so zu bearbeiten, daß die Frucht zur Reife gebracht werden konnte. Wenn nun die gesamte Arbeiterschaft heute in geschlossener Abwehrfront gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus zusammensteht, so ist dies ebenfalls ein Erfolg der Maifeier. Trotzdem, daß noch hie und da die christlichorganisierten Arbeiter auf Anweisung ihrer Organisationsleitung gegen die Maifeier allerlei Demonstrationen aufführen, ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die christlichorganisierten Arbeiter immer mehr von dem Gedanken der Maifeier erfaßt werden. Dieses beweist u. a. auch folgendes Flugblatt:

„Arbeiter, Angestellte, Beamte! Der 1. Mai gibt uns Veranlassung, unsere Anhänger zu einer Kundgebung für wahren Frieden, Völkerversöhnung und Gerechtigkeit, gegen Knechtschaft und Versklavung, auf Dienstag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, in den Kaisergarten, Behntstraße 30, in Mannheim, zusammenzurufen.

Redner: Herr Verbandsvorsteher Oskar Rümmele, Karlsruhe.

Anhänger und Freunde! Die gegenwärtige Zeit entscheidet über Gedeih und Verderb von Volk und Wirtschaft. Da sollt auch Ihr in einer eindrucksvollen Kundgebung eure Stimme erheben, damit Recht an Stelle der Gewalt triumphiert.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften."

Dieses Flugblatt zeigt, daß in den Arbeiterkreisen der christlichen Gewerkschaften man endlich anfängt, die Maifeier zu würdigen. Wenn man noch aus Konkurrenzrücksichten die Maifeier herabzusetzen versucht, so will das nicht viel besagen.

Wir freuen uns, daß der Gedanke der Maifeier sich auch in den christlichen Gewerkschaften, entgegen den Auffassungen der Gewerkschaftspäpste, durchzusetzen beginnt.

Ein gründlicher Reinfall.

Die Firma Norddeutsche Wollkämmerei und Spinnerei, Sternwollspinerei Altona-Bahrenfeld, wollte unter allen Umständen durch nachfolgende Aufforderung erreichen, daß ihre Arbeiterschaft am 1. Mai arbeite:

„Der 1. Mai ist kein Feiertag, der Betrieb ist wie an allen Werktagen geöffnet, wer arbeiten will, kann arbeiten und muß dieses heute nachmittag und morgen vormittag dem Meister melden.

Sollten nicht Arbeiter in genügender Zahl sich für Dienstag den 1. Mai, zur Arbeit melden, behält sich die Betriebsleitung die Entscheidung vor, ob für Montag, den 30. April, die Kessel angefeuert werden.

Diejenigen, die am 1. 5. nicht zur Arbeit erscheinen, erhalten für den Tag keine Entlohnung, auch wenn sie im Monatslohn stehen. Weitere Maßnahmen zu ergreifen, müssen wir uns vorbehalten.

27. April 1923. (Stempel) gez. Schnabel. gez. Rodatz.

Erreicht hat die Firma dadurch, daß außer den Meistern fünf ganze Mann für die Firma Rausreißerdienste verrichtet haben. Hierüber war natürlich die Firma sehr erbost, was wir ihr ja auch nachfühlen können. Aber es ändert nichts an der Tatsache, daß sie mit ihrem unangebrachten Versuch hineingefallen ist. Vor Aerger darüber wollte die Firma den Vertreter des Textilarbeiterverbandes an der Teilnahme an der Betriebsratssitzung am 3. Mai verhindern, was ihr natürlich nicht gelungen ist. Mehrere Male forderte sie den Vertreter des Textilarbeiterverbandes auf, das Betriebsratszimmer zu verlassen; dieser Aufforderung wurde selbstverständlich keine Folge geleistet. Die Firma drohte nun mit der Polizei, was aber den Gewerkschaftsvertreter auch nicht einschüchtern konnte; er blieb dort. Als der dort angestellte Privatdetektiv abermals erschien und den Vertreter nochmals anwies, das Betriebsratszimmer zu verlassen, wurde er selbst durch den Vorsitzenden des Betriebsrates aus dem Zimmer gewiesen. Er befolgte die Weisung auch.

Wenn auch die Arbeiterschaft der obigen Firma von dem Beschluß, den sie in der Betriebsversammlung am 4. April faßte, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, Gebrauch gemacht hat, so ist es immerhin traurig, daß sich 5 Mann von einer Belegschaft von zirka 1400 Personen bereitgefunden haben, am Arbeiterfeiertag für die Firma Rausreißerdienste zu leisten, wofür sie doch ganz gewiß nicht extra belohnt werden? Am 6. Mai nahm eine Betriebsversammlung (des obigen Betriebes) zu dem Verhalten der 5 Arbeitswilligen Stellung, und es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Arbeiterschaft der Norddeutschen Wollkämmerei, Sternwollspinnerei Bahrenfeld, am Sonntag, den 6. Mai 1923, im Lokale „Ottensener Park", stellt fest, daß am 1. Mai 1923 folgende Arbeiter bei obiger Firma gearbeitet haben:

1. Hermann Cords,
2. Emmi Franke,
3. Hermann Engelmann,
4. Erich Fellmann,
5. Ernst Politz.

Die Versammlung erblickt in der Arbeitswilligkeit obiger Personen einen groben Verstoß gegen Disziplin und Solidarität der organisierten Arbeiterschaft und verurteilt daher auf das schärfste die Haltung der Arbeitswilligen. Sie erblickt in deren Haltung eine Schädigung der Arbeiterinteressen. Wenn die organisierte Arbeiterschaft des Betriebes heute gegen sie weiter nichts unternimmt, so nur, weil gegenwärtig dazu nicht die Möglichkeit besteht, behält sich aber vor, bei passender Gelegenheit die gebührende Antwort zu geben."

Die Arbeiterschaft wird sich unter keinen Umständen durch solche Versuche, wie sie die Firma unternommen hat, von der Durchführung ihrer Beschlüsse abhalten lassen. Das sollte endlich auch die Firma begreifen. Es wird wohl auch geschehen nach dem Reinfall, den sie trotz der fünf Arbeitswilligen mit ihrer maifeierfeindlichen Anordnung erlitten hat.

Aus der Textilindustrie des Münsterlandes.

Man schreibt uns aus Textilarbeiterkreisen: Während im Ruhrgebiet die Arbeiterschaft in erhebender Weise gegen die fremden Eindringlinge den Kampf führt und selbstlos jedes Opfer auf sich nimmt, scheuen sich einige Unternehmer der Textilindustrie des Münsterlandes nicht, gegen die Textilarbeiterschaft in der brutalsten Form vorzugehen. Daß hierbei die dem Unternehmertum auf die Nerven fallende 46stündige Arbeitswoche in der Textilindustrie das Kampfobjekt abgeben muß, ist beinahe selbstverständlich. In der Textilindustrie des Münsterlandes herrscht eine furchtbare Krise, und gerade dieses nützt die Firma F. H. Hammersen in Rheine aus, um der Arbeiterschaft die 48stündige Arbeitswoche schmackhaft zu machen. Vor einigen Tagen wurde der Arbeiterschaft ein solches Verlangen gestellt. Es ist dies nicht das erstemal, daß die Firma die Arbeiterschaft auffordert, mehr als 46 Stunden in der Woche zu arbeiten, ohne daß sie den dafür in Frage kommenden und im Tarif niedergelegten 25proz. Aufschlag zahlen will. Die Firma ließ erklären, daß, wenn die Arbeiterschaft in der Woche vom 22. bis 28. April einschließlich 48 Stunden arbeiten würde, der Betrieb die ganze Woche aufrechterhalten werde. Als die Arbeiterschaft das Ansinnen der Firma ablehnte, wurde der Betrieb am Mittwoch, den 25. April, stillgesetzt. Das Urteil über ein solches Vorgehen können wir getrost der Oeffentlichkeit überlassen. Die Firma F. H. Hammersen betätigt sich nicht nur in der Bekämpfung der 46stündigen Arbeitswoche, sondern läßt sich auch angelegen sein, Betriebsräte, die gegen den Stachel der Firma lecken, mit Hilfe des Schlichtungsausschusses ihres Amtes entheben zu lassen. Im Betriebe der Firma F. H. Hammersen herrschen unhaltbare Zustände. Die Firma versteht es ausgezeichnet, sich ein Angebertum großzuziehen, wie es vor dem Kriege im Osnabrücker Betriebe mehr oder weniger der „Arbeiter-Verein" war. Daß sich dazu Arbeiter und Angestellte gebrauchen lassen, ist gewiß traurig und beschämend, aber letzten Endes auf die Charakterlosigkeit einiger zurückzuführen. Aehnliche Fälle ereignen sich auch in anderen Betrieben des Münsterlandes. In Burgsteinfurt hat die Firma M. C. Wertheim ihr Domizil aufgeschlagen. Diese Firma hätte es verdient, daß sich überhaupt kein Arbeiter und keine Arbeiterin mehr für sie finden würde. Vornehmlich hat es diese Firma auf die Löhne der Arbeiterschaft abgesehen. Besonders sind es die Hilfsarbeiter, denen man fortwährend Lohnabzüge macht. Zahllose Klagen vor dem Gewerbegericht beweisen dies. Auch die Firma Deutsche Ramie-Union in Greven läßt sich zu solchen Manipulationen verleiten, indem sie, obwohl sie Mitglied des Verbandes Münsterländischer Textilindustrieller ist, ihren Hilfsarbeiterinnen einen um 5 Proz. geringeren Lohn zahlt, als ihn der Tarif vorsieht. Ein Schiedsspruch des tariflichen Schlichtungsausschusses hat nicht vermocht, die Firma zur Zahlung zu veranlassen. Ueberall, wo wir hinsehen, eine Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen und Vereinbarungen! Was sagt denn übrigens der Verband Münsterländischer Textilindustrieller zu einer solchen Disziplinlosigkeit? Die Arbeiterschaft wird sich die Firmen, die die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage ausnützen, um sich widerrechtliche Vorteile auf Kosten des Arbeitslohnes anzueignen, merken und gelegentlich darauf zurückkommen. Die Oeffentlichkeit und auch die Unternehmer, die auf Reinlichkeit sehen, müssen unserer Ansicht nach gegen solche Lohnmanipulationen Stellung nehmen und es entschieden ablehnen, mit solchen Firmen gemeinsame Sache zu machen. Arbeiter und Arbeiterinnen, wacht auf und kämpft für eure Rechte im Deutschen Textilarbeiterverband.

Solidarität der Tat.

(Korr. aus Basel.)

Schon oft waren wir in der Lage, Beweise der Solidarität zu bringen, wenn durch übermütige Handlungen der Unternehmer die Arbeiterschaft zur Verzweiflung getrieben werden wollte. Die Firma A. Clavel u. F. Lindenmeyer führte bekanntlich die 52-Stunden-Woche ein, nebstdem muß noch eine Stunde Ueberzeit geleistet werden, so daß in Tat und Wahrheit 53 Stunden gearbeitet wird. Nicht eingerechnet die Zeit derjenigen, die glauben, früher anfangen zu müssen und am Abend nicht aufhören wollen. Für die verlängerte Arbeitszeit verlangten die Drucker einen Lohnzuschlag von 25 Proz. Dies wurde jedoch von der Firma abgelehnt, im Glauben, sie benötige nur einen Pfiff und sie werde scharenweise Drucker aus dem Badischen importieren können. Die Firma hat jedoch die Rechnung ohne die Solidarität der badischen Drucker gemacht. Sind doch nur zwei den Lockungen und Versuchungen der Firma zum Opfer gefallen. Nachdem die beiden Sperrebrecher auf die Folgen ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht wurden und trotzdem den Basler Druckern weiter in den Rücken fielen, hat der Betriebs- und Arbeiterrat der Firma Köchlin u. Baumgartner A.-G., Lörrach, in deren Betrieb die beiden vorher in Arbeit standen, folgende Entschließung gefaßt:

„Die heute, Mittwoch, den 18. April 1923, stattgefundene Betriebs- und Arbeiterratssitzung der Firma Köchlin, Baumgartner u. Co. A.-G., Lörrach, hat eingehend zu der Handlungsweise der früher bei der Firma K. u. B. A.-G. in Lörrach, in Arbeit stehenden, jetzt bei der Firma A. Clavel u. F. Lindenmeyer in Basel beschäftigten Handdrucker **Paul Reimann** und **Leopold Ranz, beide von Unter-Inzlingen**, Stellung genommen und folgende einstimmige Entschließung gefaßt:

Die beiden obgenannten Handdrucker haben durch Unterschrift die Erklärung abgegeben, daß sie ab Montag, den 9. April, nur 48 Stunden arbeiten werden. Diese Erklärung wurde aber nicht eingehalten von den beiden. Als Begründung wird angeführt, man habe ihnen gedroht, daß, falls sie nicht länger arbeiten wollen, ihnen die Pässe entzogen würden.

Der Betriebsrat erkennt dies in seiner Gesamtheit als faule Begründung, vielmehr ist es unbestrittene Tatsache, daß sich die beiden Handdrucker auf Grund der Valuta verleiten ließen, den in Basel um ihre Existenz kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Der Betriebsrat verlangt deshalb von den beiden Handdruckern:

1. **Die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma K. u. B. in Lörrach längstens bis Montag, den 23. April 1923.** (Eine Kündigungsfrist besteht bei der Firma A. Clavel u. F. Lindenmeyer in Basel nicht.) Der Betriebsrat verpflichtet sich, daß den beiden ihre alten Rechte wieder eingeräumt werden und von keiner Seite über ihre begangenen Sünden Vorbehalte gemacht werden.

2. Sollte die Arbeit von diesen beiden Handdruckern bis Montag, den 23. April, nicht aufgenommen werden, so wird der Betriebsrat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln einer Einstellung der Obgenannten in der Zukunft sich entgegensetzen.

3. Von dem am heutigen Tage gefaßten Beschluß erhalten die Handdrucker P. Reimann und L. Ranz in Unter-Inzlingen je eine Abschrift, ferner die Abteilung Handdruck der Firma zur Veröffentlichung, der Deutsche Textilarbeiterverband und der Schweiz. Textilarbeiterverband sowie die Firma Köchlin, Baumgartner u. Co., A.-G. in Lörrach.

Lörrach, den 19. April 1923.

Der Betriebsrat: **H. Haas**, Vorsitzender."

Mit dieser Entschließung wollten die deutschen Kollegen die zwei Fehlbaren vom Wege des Verbrechens an der Arbeiterschaft abbringen und ihnen die Strafe, die wohlverdiente Strafe, für diesmal noch unbedingt erlassen. Ehre solchem Brudersinn! Die deutschen Kollegen können des Dankes der Schweizer Kollegen versichert sein.

(Aus Nr. 18 des Schweizerischen „Textilarbeiters".)

Textilarbeiterverbände in Deutschland.

Berichtigung.

In der vorigen Nummer ist in der Aufstellung über die **„Textilarbeiterverbände in Deutschland"** eine Zeile ausgefallen. Der letzte Satz im ersten Absatz muß richtig heißen: „Gemessen an den Jahresdurchschnittszahlen ist der Mitgliederbestand unseres Verbandes seit 1913 auf fast das Sechsfache, der des christlichen Verbandes auf das 3½fache und der des Hirsch-Dunckerschen Textilarbeiterverbandes auf reichlich das 1½fache gestiegen."

* * *

Frühling. Berichtigung. In dem Gedichte „Frühling" in voriger Nummer muß die 7. und 8. Zeile in der ersten Strophe lauten: Ueber die ganze Welt, ungesehn, leise, leise Sonntagsglocken gehn.

Aus der KPD.

Eine Leiche.

Der Berliner Metallarbeiterverband erhielt, wie der „Vorwärts" mitteilt, eine Traueranzeige mit Sowjetstern und Trauerpalmen folgenden Inhalts:

„Artur Börner, Betriebsrat der Aga, Mitglied des Fünfzehnerausschusses der Reichsbetriebsräte, Vertrauensmann der allein revolutionären Partei der KPD., ist den Lockungen menschlichen Verlangens nach irdischen Gütern erlegen. Wir bringen seinen politischen Tod der bedauernswerten Mitwelt zur Kenntnis. Inmitten seiner selbstlosen, opferreichen Tätigkeit als Schöpfer der Kontrollausschüsse, als leuchtendes Vorbild für solche praktische Arbeit kontrollierte er in höchster Objektivität die Arbeiterschaft und war imstande, seiner Direktion für 650 000 Mk. Werkzeuge verkaufen zu können. Leider verstand die Arbeiterschaft nicht, diesen unverkennbar idealen Zug zu würdigen."

Jugend.

Gummersbach. Am Sonntag, den 29. April, trafen sich die im Aufblühen begriffenen Jugendabteilungen unseres Verbandes in unserem Bezirk. Dieser erste Auftakt war — dank guter Vorbereitung — von prächtiger Wirkung. Sahen wir schon an der ersten Sammelstelle, Vollmerhausen, nur heitere und fröhliche Gesichter, so strahlten diese geradezu vor Freude infolge weiteren Zuwachses in Dieringhausen und Brunohl. Durch diesen Zuwachs kam aber auch die Stärke unserer Jugendgruppen in Erscheinung. In Osberghausen erwartete uns die junge Bezirksgruppe Strombach; in Weyershagen kamen noch die Kolleginnen und Kollegen der unteren Agger hinzu. Einer kurzen Ansprache des Kollegen Pannhuis schlossen sich die Volkstänze der Dieringhausener Jugend an. Dann zog der stattliche Zug über Bielstein zum „Waldfrieden". Die Augen der Jugend leuchteten. Die in ihren Gesichtern ausgeprägte Fröhlichkeit, ihr frischer Sang, ihr fester Schritt, die frischen und munteren Farben ihrer Kleider — alles zusammen war prächtig anzublicken und stach vorteilhaft ab von dem eintönigen Grau der Arbeit und der Arbeitsstätten. — Nach einigen Stunden zwangloser Unterhaltung in freier Natur wurde der Heimmeg angetreten.

Brandenburg a. d. H. Langsam aber sicher erstarkt unsere Jugend in dem festen Willen, die in sie gesetzten Erwartungen zu rechtfertigen. Unsere zurzeit 60 Mitglieder zählende Jugendsektion hat schon eine Harzwanderung hinter sich und zeichnete sich auch bei der Maifeier aus. Kürzlich besichtigte sie unter Leitung eines Lehrers, Herrn Grosow, den Brandenburger Dom, in dem einst die Nationalversammlung tagen mußte und auch alljährlich das Ritterfest stattfindet. — Von den anderen Gewerkschaften wird hier leider nichts für die Jugendbewegung getan. Wir aber werden nie außer acht lassen, daß auf unserer Jugend unsere Zukunft beruht. D.

Ein Psalm der Arbeit.

Ich habe der Menschheit Jahrhunderte hindurch gedient; ich habe Zeitalter hindurch die Bürden der Welt getragen.

Ich habe die Erde durchackert und habe reicheres Wachstum aus ihr hervorgebracht.

Ich habe die Wüste blühen gemacht und die Wildnis zum Garten gewandelt.

Ich habe das Korn in die Speicher getragen; ich habe die Frucht eingesammelt.

Ich habe die Welt ernährt; ich habe alle Menschen mit Nahrung versorgt.

Ich habe die wilden Tiere gezähmt und sie zu Dienern des Menschen gemacht.

Ich habe den Faden zum Stoff gewoben; ich habe die Kleider geschaffen. Ich habe die Menschen gekleidet.

Ich habe Berge abgetragen und den Fels zur menschlichen Wohnung gemacht.

Ich habe die Riesen des Forstes umgehauen und habe sie dem Menschen Annehmlichkeit schaffen lassen und Schutz.

Ich bin in die Eingeweide der Erde hinabgestiegen und habe sie gezwungen, ihren Schatz herauszugeben.

Ich habe im blendenden Glanz des Schmelzofens mein Werk getan, ungeschreckt vom Gezisch des Dampfes und vom Geklirr des Stahls.

Ich habe die Nationen reich gemacht. Ich habe den Wohlstand der Nationen geschaffen.

Aber meine Augen sind dabei blind geworden, und meine Hände sind gebunden worden. Ich sah nicht, daß der Wohlstand, den ich schuf, mein war, noch daß die guten Dinge des Lebens mir gehörten.

Aber nun fallen mir die Schuppen von den Augen und ich beginne zu sehen.

Ich will in meiner Kraft auferstehen. Ich will meine Ketten zerbrechen.

Ich will mir nehmen, was mein ist. Ich will von meinem Eigentum Besitz ergreifen.

Ich will allen Menschen Wohlergehen und Fülle bringen. Ich will allen Frieden und Freude bringen.

Denn ich bin größer als die Habsucht. Ich bin mächtiger als Mammon.

Ich bin die Arbeit.

Aus der Textilindustrie.

Die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades der Textilindustrie. Die Statistik von 9 großen Arbeiterverbänden über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zeigt für Ende März gegenüber dem Vormonat eine zum Teil erhebliche Vermehrung der Arbeitslosigkeit, besonders aber der Kurzarbeit. In der Textilindustrie arbeiteten Ende März die Hälfte der Arbeiter mit Kurzarbeit. Ein genaueres Bild gibt folgende Zusammenstellung:

Ende Januar:	Mitgliederzahl	Kurzarbeiter % d. Mitgl.	Arbeitslose % d. Mitgl.
Deutscher Textilarbeiterverband .	728342	3,20	38,50
Zentralverband Chr. Textilarbeiter	144854	2,06	34,38
Deutsch. Bekleidungsarbeiterverb.	62642	1,04	28,16
Zusammen (Proz. durchschnittl.)	935838	2,88	37,17
Ende Februar:			
Deutscher Textilarbeiterverband .	719021	4,70	43,10
Zentralverband Chr. Textilarbeiter	143558	4,12	45,96
Deutsch. Bekleidungsarbeiterverb.	81940	2,87	26,55
Zusammen (Proz. durchschnittl.)	944519	4,45	42,16
Ende März:			
Deutscher Textilarbeiterverband .	713321	3,57	49,91
Zentralverband Chr. Textilarbeiter	142500	4,61	55,53
Deutsch. Bekleidungsarbeiterverb.	65281	5,98	51,69
Zusammen (Proz. durchschnittl.)	921102	3,91	50,91

Höhere Wirkschule. Mit dem 1. April 1923 ist eine einschneidende Aenderung im sächsischen Wirkschulwesen eingetreten, indem die „Höhere Wirkschule" zu Limbach mit der Höheren Fachschule für Wirkerei- und Strickereiindustrie in Chemnitz vereinigt worden ist. Der Schulträger der vereinten Schulen ist der von den Städten Chemnitz und Limbach, der Handelskammer Chemnitz, dem Verein Chemnitzer Wirkschule e. V. und der Stiftung „Höhere Wirkschule Limbach" eben gegründete „Verein Höhere Fachschule für Wirkerei- und Strickereiindustrie Chemnitz und Limbach", Sitz Chemnitz, welcher staatliche Unterstützung genießt. (Dtsch. Wirkerztg. Nr. 19 vom 10. 5. 23.)

Soziale Rundschau.

Der Nationalrat für Arbeit und Produktion in Italien.

Nachstehend geben wir die hauptsächlichsten Verfügungen eines Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung eines Nationalrats für Arbeit und Produktion wieder, welcher kürzlich dem Parlament vorgelegt wurde. Der Nationalrat soll beim Arbeitsministerium errichtet werden und umfaßt:

a) eine landwirtschaftliche Abteilung, bestehend aus 12 Vertretern der Grundbesitzer und Pächter, von Vertretern der Kleinbesitzer und der Kleinpächter, 6 Vertretern der Angestellten und 6 landwirtschaftlichen Fachleuten;

b) einen Rat für Industrie und Verkehrswesen, bestehend aus 28 Vertretern der Arbeiter und 6 industriellen Fachleuten;

c) eine Abteilung für Handel, Kredit und soziale Versicherung mit 11 Vertretern der Unternehmer, 11 Vertretern der Angestellten und 4 Fachleuten auf dem Gebiete des Kreditwesens, des Handels und der sozialen Fürsorge.

Zu den Obliegenheiten des Rates gehören: der Regierung zweckmäßige Vorschläge zu machen, hinsichtlich der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und Arbeit. Ferner muß er sich der Aufgabe widmen, die Lage der Arbeiter zu verbessern in der Organisation des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft.

Der Regierung sein Gutachten abzugeben über alle Vorschläge und Gesetze, die sich mit diesen Gegenständen befassen.

Eine schiedsgerichtliche und verbindende Tätigkeit auszuüben zwischen Unternehmern und Angestellten, sei es auf Verlangen des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge oder einer anderen Seite.

Die Schlichtungs- und Schiedskommissionen, welche beim Rate errichtet sind, werden gebildet von Vertretern der Unternehmer und der Angestellten unter Wahrung der Gleichheit.

Die Kommission ernennt aus ihren Mitgliedern einen ständigen Arbeitsausschuß aus 14 Personen, von denen je 6 Vertreter der Unternehmer und der Angestellten sein müssen.

Forderung einer Arbeitsgesetzgebung und der Einrichtung eines Arbeitsministeriums in Ungarn.

Folgende Entschließung wurde Anfang Januar dem Parlament von der Sozialdemokratischen Partei vorgelegt:

Das größte Hindernis für den wirtschaftlichen Frieden und die Hebung der Produktion liegt darin, daß Unternehmer, die den Grundsatz der Regelung der Arbeitsbedingungen durch beiderseitige Abkommen ablehnen, die Löhne willkürlich festsetzen können. Ordnung kann nur dann in industriellen Unternehmungen aufrechterhalten werden, wenn die Klagen und berechtigten Wünsche der Arbeiter durch Vermittlung gesetzlich anerkannter Betriebsausschüsse behandelt werden. Demgemäß erkennt die Nationalversammlung die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge an und hält die Gesetzeskraft von Kollektivverträgen für unbedingt notwendig. Die Nationalversammlung fordert deshalb von der Regierung die Einrichtung eines Arbeitsamts beim Handelsministerium mit folgenden Funktionen:

a) die Sammlung, Ordnung und Veröffentlichung statistischen Materials über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hand- und Kopfarbeiter sowie über Lebenshaltungskosten und Errechnung von Indexziffern;

b) die Organisation eines Ausgleichsverfahrens unter Mitwirkung der Angestellten- und Arbeiterorganisationen zwecks Vermeidung von Arbeitsstreitigkeiten;

c) die Untersuchung ausländischer Arbeitsgesetzgebung und der Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz und die Ergreifung von Maßnahmen zur Inkraftsetzung dieser Beschlüsse;

d) die Schaffung von Betriebsausschüssen und die Leitung ihrer Tätigkeit.

Schlichtungsausschüsse in Spanien.

Eine Verordnung vom 5. Oktober 1922 sieht die Einsetzung von Schlichtungsausschüssen für Arbeitsstreitigkeiten vor. Die Verordnung gilt für die Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr und Bergbau. Schlichtungsausschüsse können berufen werden durch den Außenminister aus eigenem Antrieb oder auf Verlangen der Provinzialbehörden sowie auch auf Verlangen der beteiligten Parteien. Es können ständige Ausschüsse oder Ausschüsse für bestimmte Streitfälle eingesetzt werden, und ihre Zuständigkeit kann sich auf ein ganzes Gewerbe, eine Gruppe von Betrieben oder einzelne Betriebe erstrecken, sofern letztere über 500 Arbeiter beschäftigen. Jeder Schlichtungsausschuß besteht aus einer gleichen Zahl von Arbeiter- und Unternehmerbeisitzern, die in dem fraglichen Gewerbe tätig sein müssen. Der Vorsitzende wird von den Parteivertretern bezeichnet oder, wenn diese sich nicht zu einigen vermögen, vom Arbeitsminister ernannt. Die entscheidende Stimme hat der Vorsitzende nur dann, wenn die Parteien sich darauf einigen; sonst übt er lediglich ein Vermittleramt aus. Jeder Ausschuß kann Sachverständige zur Teilnahme an seinen Verhandlungen berufen oder den Arbeitsminister ersuchen, dies zu tun. Die Sachverständigen haben kein Stimmrecht. Ständige Ausschüsse werden durch das Ministerium für die wichtigeren Industriegebiete eingesetzt. Ihre Mitglieder werden von den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden gewählt. Wo es solche nicht gibt, erfolgt die Wahl in besonders zu dem Zwecke einberufenen getrennten Versammlungen der beiden Interessentengruppen. Ausschüsse zur Erledigung bestimmter Streitfälle können auf Verlangen der Lokalbehörden oder der beteiligten Parteien nach Erfordernis berufen werden. Ihre Mitglieder werden von den Lokalbehörden nach Anhörung der Arbeiter- und Unternehmervertreter ernannt. Wenn ein Streitfall durch einen Ausschuß nicht geschlichtet werden kann, so kann die Entscheidung über einstimmigen Beschluß seiner Mitglieder dem Arbeitsminister, einer Lokalbehörde oder behördlichen Organisation übertragen werden. („Korresp.-Bl.")

Berichte aus Fachkreisen.

Augsburg. Unsere 1. Quartalsversammlung in diesem Jahre fand am 17. April 1923 im Hirschbräusaal statt. Außer den ordentlichen Delegierten waren auch Betriebsräte und Vertrauensleute in größerer Zahl als Gäste anwesend. Der Vorsitzende, Kollege Hübler, konnte beim Geschäftsbericht für das abgelaufene Vierteljahr eine weitere Stetigkeit in der Entwicklung unserer Filiale feststellen. Das Bestreben des neuen Vorstandes, den gewerkschaftlichen Kampf mit rücksichtsloser Schärfe zu führen und alle Nebenbestrebungen, die dem gewerkschaftlichen Gedanken schaden könnten, auszuschalten, trägt seine ersten Früchte. — Der Kassenbericht, den Kollege Garron erstattete, weist sehr große Summen auf. Kollege Garron wies aber darauf hin, daß hinter diesen großen Zahlen nicht viel stecke, und daß mehr als je danach getrachtet werden müsse, die Beiträge zu zahlen, die entsprechend unserem Statut und der Geldentwertung gezahlt werden müssen. Die Diskussionsredner trugen mehrere Wünsche vor. — Nach verschiedenen Wahlen ergriff Gausekretär Schönleben das Wort zu einem interessanten Vortrag über „Achtstundentag, Versailler Vertrag und Reparationen". Schönleben schloß seine 2½stündigen Ausführungen unter großem Beifall. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht, und Kollege Hübler konnte die Quartalsversammlung um 11 Uhr mit den Worten schließen: Alles für unsere gewerkschaftlichen Ideale, schärfster Kampf unseren Gegnern!

Jubiläum. Auf eine zwanzigjährige Tätigkeit als Unterkassierer des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Filiale Augsburg, kann Kollege Gustav Mainzer zurückblicken. Diesem seltenen Beispiel des Kollegen Mainzer mögen die jüngeren Kollegen nacheifern, zum Wohle und zum Besten unseres Verbandslebens.

Emsdetten. Uebelstände in den hiesigen Textilbetrieben. In der letzten Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes benutzte Kollege Simon (Rheine) die Gelegenheit, die Versammelten in die für das Münsterland verstärkt bestehende Erwerbslosenfürsorge einzuführen. An Beispielen zeigte Kollege Simon den Errechnungsmodus bei Kurzarbeiterunterstützung. In der darauf folgenden Aussprache, welche sehr lebhaft geführt wurde, wurden die üblen Mißstände, wie sie nun einmal in den Textilbetrieben Emsdettens gang und gäbe sind, einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders scheint sich der Mitinhaber der Firma J. Schilgen, Herr Stephan Schilgen, hervorzutun. Dieser Herr kann sich mit der neuen Zeit überhaupt nicht abfinden, sonst würde er seinem Betriebsrat nicht bei jeder Gelegenheit erklären, daß nur er zu bestimmen habe, und daß alles, was er anordnet, maßgebend sei. Dieser Herr legt als ehemaliger Offizier sehr großen Wert darauf, daß ein Arbeiter, wenn er ihn anspricht, die Hände an der Hosennaht zu legen hat. Solche Erniedrigungen der Arbeiterschaft sind auch in anderen Betrieben an der Tagesordnung. Was sagt denn der Angestellte des christlichen Textilarbeiterverbandes, Herr Lücke, zu einem solchen Vorgehen gegenüber Mitgliedern bzw. Betriebsräten seines Verbandes? Unserer Ueberzeugung nach müßte der christliche Textilarbeiterverband, welcher doch in ansehnlicher Stärke hier vertreten ist, gegen ein solches Gebaren die schärfsten Maßnahmen ergreifen. Die Christlichen werden sich wohl eine solche Behandlung weiterhin gefallen lassen und alles tun, den Deutschen Textilarbeiterverband zu bekämpfen. Schon einmal haben wir gelegentlich darauf hingewiesen, daß den Arbeiterinnen, welche das Pech haben, im Josefsstift zu logieren, aus ihrer Verbandszugehörigkeit die größten Schwierigkeiten erwachsen. „Hinein in den christlichen Textilarbeiterverband oder heraus aus Wohnung und Arbeit" hieß es für sie. Ist ein solches Vorgehen gegen Andersdenkende kein Terror? Oder ist es christlich, wenn man das Bewohnen solcher Häuser von der Gesinnung abhängig macht? Es wäre sicherlich besser um die Arbeiterschaft bestellt, wenn sich die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes mehr darum kümmern möchte, ob in den Betrieben, wo schon länger als fünf Wochen nur drei Tage in der Woche gearbeitet wird, die Arbeiterschaft in den Genuß der Kurzarbeiterunterstützung kommt. Ob die Textilarbeiterschaft in Emsdetten jemals die Lehre aus solchen Vorkommnissen ziehen wird? Wir bezweifeln dies, sonst könnte sie sich nicht dazu hergeben, Ueberstunden für Wohnungs- und Kirchenbau zu machen.

Helmbrechts. Der Unterkassierer Karl Zulegg, Fabrikweber, geb. am 8. Februar 1900 in Oberweißenbach, in den Verband eingetreten am 20. März 1921, ist von hier aus verschwunden, ohne seinen Verpflichtungen dem Verbande gegenüber nachgekommen zu sein. Bei etwaigem Auftauchen erbitten wir, uns sofortige Meldung zu erstatten oder seine Inhaftierung zu veranlassen. Abgereist resp. verschwunden ist er am 4. Mai von hier.

Lörrach. Nach längerer Zeit berief unsere Filiale ihre Mitglieder zu einer Versammlung ein, die besser hätte besucht sein können. Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtete Kollege Kieslich, daß er gezwungen war, gegen böse Verleumdungen das Gericht anzurufen, um die Lastermäuler zu stopfen. Leider seien auch Verbandskollegen dabei, die sich nicht genieren, ihre eigenen Führer und Kollegen in böswilligster Weise zu verunglimpfen. Gegen diese hätte er keine materielle Strafe beantragt, dagegen müsse der an den Schwätzereien beteiligte Gärtnermeister Widmann eine Geldstrafe von 3000 Mk. an die Armenkasse entrichten. Kollege Mayer behandelte in längeren Ausführungen die Vorgänge bei den letzten Lohnverhandlungen. Der Widerstand und Starrsinn der Unternehmer sei so, daß kein Fortschritt in der Lohnfrage zu erzielen war. Auch der Schlichtungsausschuß Lörrach, der zuletzt angerufen wurde, brachte nicht soviel soziales Verständnis auf, um den miserabel bezahlten Textilarbeitern eine Lohnerhöhung für die letzte Teuerung zuzusprechen. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Sekretäre anerkannt. Alles Geschimpfe auf den Verband müsse unterbleiben, da dies die Stoßkraft nur schwäche und den Unternehmern nütze.

Offenbach a. Main. Auch unsere Ortsverwaltung kann wieder von einem Jubilar berichten. Es ist der sechste Kollege in unserer kleinen Filiale, der auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann. Es ist unser Kollege Gust. Göhlich. Am 9. April 1898 in Liegnitz eingetreten, gehört er seitdem ununterbrochen unserer Organisation an. Er beteiligte sich auch an der Verwaltungsarbeit; so war er längere Zeit 2. Vorsitzender und Revisor. Wir wünschen, daß es ihm noch lange beschieden sein möge, als Kollege in unserer Mitte zu weilen.

Oppeln. Am 1. Mai d. J. wurde die Fahnenweihe unserer Filiale festlich begangen. Trotz der großen Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) und des schärfsten Terrors und schlechtester Entlohnung von seiten der Strickereibetriebe hat die Kollegenschaft ihre Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft öffentlich bekannt und durch Anschaffung der Fahne bekräftigt. Als Festredner erschien unser hochverehrter Kollege Drieschner vom Gau Liegnitz, welcher in eindrucksvoller Weise auf die Bedeutung der freien Gewerkschaften und deren Kampfeszeichen hinwies. Trotz der schlechten Witterung war die Beteiligung gut; beim darauf anschließenden Maiumzug vergrößerte sie sich noch. Am Nachmittag fand im benachbarten Orte ein Vergnügen statt, welches der Kollegenschaft zum Freudenfest in Zeiten der schwersten wirtschaftlichen Not und Ausbeutung wurde. Wiederum ein kleiner Schritt vorwärts im dunklen Oberschlesien.

Allgemeines Wandern.

Vom Grund bis zu den Gipfeln,
so weit man sehen kann,
jetzt blüht's in allen Wipfeln,
nun geht das Wandern an!

Die Quellen von den Klüften,
die Ström' auf grünem Plan,
die Lerchen hoch in Lüften,
Der Dichter frisch voran.

Und die im Tal verderben
in trüber Sorgen Haft,
er möcht' sie alle werben
zu dieser Wanderschaft.

Und von den Bergen nieder
erschallt sein Lied ins Tal,
und die zerstreuten Brüder
faßt Heimweh allzumal.

Da wird die Welt so munter
und voller Reiselust;
sie ziehn bergauf, bergunter
und singen aus voller Brust.

Und über Felsenwände
und auf dem grünen Plan
das wirrt und jauchzt ohn' Ende —
nun geht das Wandern an!

Eichendorff.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 20. Mai, ist der 20. Wochenbeitrag fällig.

Laut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Stichtag ist Sonnabend, der 26. Mai. Einzusenden ist eine graue Karte. Rechtzeitige Einsendung ist notwendig, um Zeit und Geld für Mahnungen zu ersparen. Nur solche Arbeitslose und Kurzarbeiter sind zu zählen, die Mitglieder unseres Verbandes sind. Mitglieder, die sich krank gemeldet haben, dürfen nicht als Arbeitslose gezählt werden.

Der Vorstand.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Wir bitten die Ortsverwaltungen, in deren Bereich sich Textil-Aktiengesellschaften befinden, die ihnen übermittelten Fragebogen betr. Betriebsräte im Aufsichtsrat sofort ausgefüllt an die Zentrale einzusenden.

Der Vorstand. Abt. Betriebsräte.

Adressenänderungen.

(Im neuen Verzeichnis zu ändern.)

Gau Hannover. Osternburg b. Oldenburg (Freistaat) V.: Vitus Ennen, Stedingerstr. 37.

Gau Cassel. Ellrich a. Harz. K.: Hermann Krone, Koloniestr. 1. Sämtliche Zuschriften sind an diesen zu richten.

Gau Augsburg. Vilsbiburg. K.: Karl Holzner, Kastlgaßl 3.

Gau Dresden. Eibenstock. K. und Geschäftsführer Ernst Gläß, Forststr. 21.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

Berlin. Stickereibranche. Freitag, 25. Mai, nachm. 6 Uhr, Wallstr. 32/33: Betriebsräte und sonstige Funktionäre.

Berlin. Dekateure. Jeden Freitag nach dem 1. und 15., nachm. von 4 bis 5 Uhr bei Schulz, Stallschreiberstr. 29.

Hainichen. Sonnabend, 26. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant Balz.

Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.

Hartha. Buch Nr. 1 139 084, für Karl Neubert, geb. 22. Febr. 1907 in Diedenhain, eingetreten 22. April 1921 in Hartha.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Burkhardtsdorf. Rosa Haas. Oskar Schenk.
Ebingen. Martha Bodmer.
Hamburg-Harburg. Engelbert Barschitz.
M.-Gladbach-Rheydt. Katharina Bossems. Maria Conrads. Josef Erkens. Traugott Friedrich, Mülfort. Karl Hansen, Hockstein. Mechtilde Heck. Hermann Koch. Paul Moll. Lina Thalmann.
Kirschau-Cunewalde. Marie Büttner. Helene Neumann.
Krefeld. Johann Jugenillen. Theodor Horster. Andreas Kersken. Frau Schäfer. Frau Boosen.
Landeshut i. Schl. Marie Renner, Liebau.
Langenbielau. Reinhold Kritschker. Hermann Rittner. Wilhelm Sachs. Martha Bock. Wilhelm Rother. Gustav Weidlich. Fritz Kuhnt. Karl Nase. Pauline Hilger. Elisabeth Breiter.
Münchberg. Franz Schmidt.
Thalheim i. Erzgeb. Friedrich Wilhelm Schuster, Kühnheide b. Zwönitz. Emma Auerswald. Lina Kleinhempel, Gernsdorf. Anna Hila Beck, Dorfchemnitz.
Weida. Anna Hohaus. Lydia Scheffel.
Weißenburg i. B. Pauline Vogtherr.

Ehre ihrem Andenken!

Adressenverzeichnis 1923.

Das Adressenverzeichnis für 1923 wird in zwei Exemplaren den Ortsverwaltungen in den nächsten Tagen zugehen. Nachbestellungen können nur in ganz beschränkter Zahl ausgeführt werden.

Die in dieser Nummer veröffentlichten Adressenänderungen müssen im neuen Verzeichnis geändert werden.

Für unsere Mitglieder!

Das Gesundheitsbuch der Frau.

Von Prof. A. Grotjahn.
Gebunden. Mit Abbildungen.
:-: Preis 4000 Mark. :-:
Porto und Verpackung extra.

Disch. Textilarbeiterverband, Hauptvorstand, Abt. Bücherversand, Berlin O. 27, Magazinstraße 6/7, II.

Im übrigen verweisen wir unsere Mitglieder auf das Inserat in Nr. 19 des „Textilarbeiter".

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Freitag, 18. Mai

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6—7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreffel in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Verbandsrevisor gesucht.

Laut Beschluß des Zentralvorstandes soll ein **3. Revisor** für die Filialkassen eingestellt werden. Gehalt nach der Skala für Gauleiter. Nur solche Kollegen, welche im Kassenwesen und in der Buchführung firm und mit den Verbandseinrichtungen völlig vertraut sind, können berücksichtigt werden. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Beruf, Familienverhältnisse und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind an den Zentralvorstand Berlin, Abteilung Kasse, bis zum 11. Juni d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung" einzureichen. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchige Kündigungsfrist.

Der Vorstand. Abteilung Kasse.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!